

GEGENARGUMENTE

MÜNCHEN

www.gegenargumente.de

Januar 2008

Vortrag und Diskussion

Innere Sicherheit heute:

Der Umbau des Rechtsstaates im Geiste des Antiterrorkrieges

Referentin: Margaret Wirth,

Redaktion der Zeitschrift GegenStandpunkt

Zeit: Mittwoch, 23. Januar 2008, 19.00 Uhr

Ort: LMU München, Hauptgebäude, Geschwister-Scholl-Platz 1, Hörsaal B 101,
U-Bahn Universität

Sicherheitspolitiker sind zunehmend unzufrieden mit der Art und Weise, wie die Arbeitsteilung zwischen Polizei, Geheimdiensten und Militär hierzulande rechtlich geregelt ist. Ihrer Auffassung nach passt die bisherige Gesetzeslage nicht mehr zu den neuen, gefährlichen Zeiten, in denen „organisierte Kriminalität“ und „terroristische Gefahren“ um sich greifen. Die bisherigen Verfahrensweisen, mit denen der Rechtsstaat im Inneren bislang seiner Feinde Herr wurde, betrachten sie als lauter *Beschränkungen* für effektives staatliches Zuschlagen.

Also wird die Rechtslage geändert und zu der „neuen Sicherheitslage“ passend *gemacht*:

- Neue Gesetze genehmigen Polizei und Nachrichtendiensten neue Freiheiten beim Kontrollieren und Ausspionieren der Bürger;
- mit einem neuen Luftsicherheitsgesetz sollte der Abschuss eines von Terroristen gekidnappten Verkehrsflugzeugs erlaubt werden;
- eine Grundgesetzänderung soll zukünftig den Einsatz der Bundeswehr auch nach innen ermöglichen.

Passend zum Geist der neuen Gesetze wird öffentlich über Vor- und Nachteile des Folterns rasoniert; Juristen stellen grundsätzliche Erwägungen zu den herrschenden Rechtsprinzipien an: Für Staatsfeinde muss ein „Feindstrafrecht“ her, das Schluss macht mit den Umständlichkeiten, die der

Respekt vor der Menschenwürde dem Staat im Kampf gegen seine Feinde zumutet.

Legislative, Exekutive, Judikative setzen also neue Maßstäbe im Umgang mit Rechtsbrechern. Zur Durchsetzung ihres Programms benutzen sie das Recht als Instrument: Erstens das Recht, das sie haben: Sie nutzen die Macht, die ihnen als Verfassungsorganen zusteht, um das Recht nach ihren Zielen zu gestalten. Zweitens das Recht, das sie machen und anwenden: Sie definieren für alle Bürger neue Vorschriften, denen diese unterworfen sind und an die sie sich zu halten haben.

Angeichts all dessen beklagen Kritiker die Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien; manche sehen gar den Geist des Grundgesetzes in Gefahr. Die Zuständigen hingegen sind sich sicher: All diese Maßnahmen und Vorhaben passen hervorragend zum Rechtsstaat. Ihnen zufolge handelt es sich dabei nämlich um dessen „zeitgemäße Fortentwicklung“; um die notwendige Reaktion des Staates auf die neuen, „existentiellen Gefährdungen“ (Schäuble), mit denen er konfrontiert ist.

Der deutsche Staat als Opfer von Bedrohungen, denen er notgedrungen Herr werden muss? Das ist ganz sicher nicht die Wahrheit der Sache. An der „zeitgemäßen Fortentwicklung“ des Rechtsstaats ist schon eher was dran. Dann steht allerdings zu vermuten, dass der Rechtsstaat schon vorher den guten Ruf nicht verdient hat, den er allgemein genießt - auch und gerade bei den kritischen Warnern vor den neuen Gesetzesvorhaben.

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

4-07

Nichts als Schwierigkeiten mit dem fiktiven Kapital...

Die sogenannte US-Hypothekenkrise. Ein Nachtrag

Weltlage 2007

Die Realität einer multipolaren Weltordnung

Türkischer Militäraufmarsch an der irakischen Grenze

Eine Regionalmacht fordert Respekt

„Frieden für Darfur“

Ein Nebenkriegsschauplatz der amerikanischen Weltordnung

Zeitgeist im deutschen Herbst 2007

Unsere Bundeskanzlerin in China: Chapeau! · Die Öffentlichkeit versteht allmählich ihren Schäuble besser: Die Zivilgesellschaft – zu zivil für den Antiterrorkrieg? · Eine Neue beim Polittalk am Sonntagabend · Der Mindestlohn – Fluch oder Segen? · Was die Franzosen am dringendsten brauchen? Die deutsche Agenda 2010! · Kouchner droht mit Krieg gegen den Iran – die deutsche Presse verteilt Noten · Eine EU-Truppe unter französischem Kommando für den Tschad: „Humanitäre Aktion“? *Die* doch nicht! · Armut – nur gefühlt? · Der Dalai Lama in Berlin, Proteste in Peking · Was das tapfere Volk von Birma nach deutschen Pressemitteilungen dringend braucht · Das Staatsoberhaupt hat das Wort · Nationale Debatte um das Arbeitslosengeld

ISSN 0941-5831 144 Seiten €15.–

Ab sofort im Buchhandel erhältlich

Bestellungen beim Gegenstandpunkt Verlag, Augustenstr. 24, 80333 München

Tel (089) 272 16 04 Fax (089) 272 16 05

E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de - www.gegenstandpunkt.com